

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 7. Mai 2024
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

A 59 Anfrage Sager Urban und Mit. über chinesische Propaganda im Verkehrshaus der Schweiz / Bildungs- und Kulturdepartement i. V. mit Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Urban Sager ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Urban Sager: Die Anfrage bezweckt zum einen, die Sensibilität der Regierung hinsichtlich der Ausstellung chinesischer Raumfahrtobjekte zu erfahren, die Sensibilität bezüglich einer möglichen Spionagegefahr und bezüglich einer Plattform für das chinesische Regime, um sich als moderne und erfolgreiche Weltmacht zu präsentieren. Zum anderen geht es darum, die Sensibilität der Regierung hinsichtlich möglicher einseitiger Darstellungen in Ausstellungen aufgrund von Firmensponsoring zu erfahren. In beiden Fällen zeigt die Regierung zu meiner Enttäuschung wenig bis keine Sensibilität, und die Antworten erscheinen bisweilen gar naiv. Die Fragen hinsichtlich der chinesischen Ausstellung und der diesbezüglichen Spionagegefahr von chinesischer Seite wurden nur oberflächlich behandelt, und die Antworten sind daher auch unbefriedigend ausgefallen. Vor einer solchen Gefahr warnen Fachleute schon seit Langem. Entsprechend ist die ausweichende Antwort der Regierung nicht nachvollziehbar oder wie bereits gesagt naiv. Hinzu kommt auch noch die Möglichkeit, die sich dem chinesischen Regime bietet, um sich als moderne, innovative und erfolgreiche Grossmacht zu präsentieren und damit die eklatanten Demokratiedefizite und Menschenrechtsverletzungen zu überdecken. Ich finde, dass wir dazu hier in Luzern keine Hand bieten dürfen. Die Fragen 3 bis 5 zielen auf die Problematik, dass private Firmen im Verkehrshaus Luzern Ausstellungen mitfinanzieren. Wie die Regierung richtig schreibt, zwingt das Betreibermodell das Verkehrshaus dazu. Genau das ist ja das Problem. Dabei geht es nicht um das technische Fachwissen, das in die Konzeption einer Ausstellung einfließt, denn das ist richtig und wichtig. Problematisch ist, dass entsprechende Firmen wie Red Bull, BKW AG, Lindt & Sprüngli oder Fenaco teilweise grosse Beträge aufwenden, um die Ausstellungen möglich zu machen. Vor diesem Hintergrund ist es doch einfach naiv zu glauben, dass diese Firmen völlig offen gegenüber jeglicher Darstellung sind, zum Beispiel die Schokoladenproduktion im Zusammenhang mit der Schweizer Kolonialgeschichte. Wenn eine Firma eine Ausstellung mit derart hohen Beträgen unterstützt, erwartet sie, dass die Darstellung – vorsichtig formuliert – sicher nicht zu Ungunsten der Firma ausfällt. Anderes zu glauben, ist naiv. Die Leistungsvereinbarung des Zweckverbandes mit dem Verkehrshaus kann hier Klarheit schaffen respektive dem Verkehrshaus klare Auflagen machen. Diesbezüglich bin ich mit der Regierung einverstanden. Allerdings lässt sich dies weder von

uns noch von der Öffentlichkeit überprüfen, da diese Leistungsvereinbarungen des Zweckverbandes nicht öffentlich sind. Das ist unverständlich, denn diese Vereinbarungen müssen ja gerade garantieren, dass die Interessen des Kantons als Geldgeber auch sichergestellt werden und die Einflussnahme von Sponsoren auf die einseitige Darstellung von Inhalten verhindert werden kann. Wenn die Regierung das nun bekräftigt, so können wir ihr nur glauben. Wissen oder überprüfen können wir es nicht, und das ist eigentlich ein Problem. Entsprechend überlegt sich die SP-Fraktion, einen Vorstoss einzureichen, damit die Leistungsvereinbarungen des Zweckverbandes offengelegt werden müssen, um dieses Vertrauen zu schaffen respektive um uns auch die Möglichkeit zur Überprüfung der gemachten Aussagen der Regierung in der Antwort zu geben.

Urs Christian Schumacher: Im Rahmen der Sonderausstellung zur chinesischen Raumfahrt im Luzerner Verkehrshaus wird Propaganda durch den autoritären chinesischen Parteienstaat befürchtet. Bei der Eröffnung seien ranghohe Vertreter des chinesischen Regimes zusammen mit dem chinesischen Botschafter anwesend gewesen. Die SVP ist für Weltoffenheit und gute Beziehungen mit allen Ländern. Das ist schweizerische Tradition und ein Erfolgsmodell, an dem wir festhalten wollen. Mit allen reden, alle anhören, das ist unser demokratisches Credo, und damit sind wir gut gefahren. Ob aus China, Amerika, Russland oder Eritrea, woher auch immer Gäste kommen, die unseren Kanton besuchen wollen – sie sind als Gäste, Wissenschaftler, Wettkämpfer, Sängerinnen und Künstler stets willkommen. Dass im Rahmen einer spitzentechnologischen Ausstellung über Raumfahrt auch die Errungenschaften der Chinesen präsentiert werden, erachte ich als Zeichen eines umsichtigen, sachbezogenen und weltoffenen Umgangs mit der Thematik. Wovor fürchten wir uns? Sollten die Chinesen unsere Behörden zu autoritärem Handeln bewegen? Eine Behörde, die ja jetzt schon autoritär in das Kulturleben der Luzerner Bevölkerung eingreift. Was sollte im Verkehrshaus ausspioniert werden? Wer seine gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Werte frei und unverkrampft leben kann, muss sich nicht vor Andersdenkenden fürchten. Hören wir auf mit der mutmasslichen Kontaktschuld und dem betreuten Denken unserer Bürger. Jeder und jede darf doch jedem zuhören und zusehen und dessen Leistungen würdigen, ohne dass er oder sie seine Gesinnung teilen muss und ohne dass er oder sie kontaktschuldig wird. Was die Finanzierung durch private und ausländische Geldgeber betrifft: Ja, das ist immer mit Vorsicht zu prüfen, denn es gilt bekanntlich: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing. Verwundert bin ich nur, dass dies bei einer lokalen Technologieausstellung Sorge bereitet, während milliarden schwere öffentlich-private Partnerschaften im Rahmen der Agenda 2030 oder private Stiftungsgelder für Swissmedic, eine Aufsichtsbehörde, kritiklos akzeptiert werden.

Gian Waldvogel: Man könnte sagen: nomen est omen – «Langer Marsch», so lautet der Name eines Raketentyps an der Sonderausstellung der chinesischen Raumfahrt im Verkehrshaus. Eigentlich steckt darin sehr viel geladene Propaganda von einem autoritären Unrechtsregime. Dass ein öffentlich mitgetragenes Verkehrshaus dem chinesischen Machtapparat in der Schweiz eine doch sehr unkritische Plattform bietet und damit das Regime ein Stück weit auch normalisiert, ist aus Sicht der Grünen Fraktion durchaus kritisch zu betrachten. Der Regierungsrat erklärt in seiner Antwort, dass hier die Konzentration auf technischen und wissenschaftlichen Aspekten liegt. Das ist durchaus etwas naiv, denn wie gesagt hat man mit dieser Ausstellung auch eine Plattform geboten und den chinesischen Machtapparat normalisiert. Der Antwort des Regierungsrates ist ebenfalls zu entnehmen, dass nicht wirklich klar ist, was in diesen Leistungsvereinbarungen steht. Sie sind nicht Teil der öffentlichen Berichterstattung. Wir fordern in diesem Zusammenhang die Veröffentlichung dieser Leistungsvereinbarungen, um Grenzen setzen zu können. Wenn öffentliche Mittel eingesetzt werden, geht es auch um deren verantwortungsvollen Umgang. Es sollte

verhindert werden, dass ein Raum zur öffentlichen Wissensvermittlung, wie es ein Museum ist, nicht durch Propaganda oder einseitig für ökonomische, wirtschaftliche Individualinteressen missbraucht werden kann. Die Antwort der Regierung zeigt auch, dass der hohe Selbstdeckungsgrad, welchen der Kanton vom Verkehrshaus verlangt, durchaus zu einem Ausverkauf der Museumsfläche für Private führt. Die Kommerzialisierung von Ausstellungsflächen in einem öffentlich mitgetragenen Museum ist aus unserer Sicht durchaus kritisch zu betrachten. Ob mit einer Ausstellung von Lindt & Sprüngli, Red Bull oder Fenaco tatsächlich der Kernauftrag des Verkehrshauses erfüllt wird, ist fraglich. Wir finden, das ist zu viel Public Relation und sehen politischen Handlungsbedarf.

Tobias Käch: Ich stelle aufgrund der Antworten des Regierungsrates zwei Punkte fest. Erstens: Wir müssen wohl sensibler werden im Umgang mit Regierungen von Ländern, welche andere Vorstellungen von Demokratie und Menschenrechten haben als wir. Dabei müssen wir uns bewusst sein, dass diese in unserem freiheitlich-demokratischen System auf verschiedenen Wegen versuchen, unsere Meinung zu beeinflussen. Zweitens: Wir haben mit dem Verkehrshaus der Schweiz ein spannendes Museum mit nationaler Ausstrahlung. Ein Besuch lohnt sich übrigens. Das Verkehrshaus muss mit einem sehr hohen Eigenfinanzierungsgrad von 90 Prozent Ausstellungspartnerschaften oder anders ausgedrückt Werbung machen, denn irgendwie muss sich das Museum ja finanzieren. Die Eintrittspreise sind mit aktuell 35 Franken für Erwachsene und 15 Franken für Jugendliche schon sehr hoch.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Hier haben wir doch eine ganz beträchtliche Differenz. Zu Urban Sager und Gian Waldvogel: Wir sprechen hier nicht von einer politischen Ausstellung. Es geht wirklich um die technischen Fragen, die im Vordergrund stehen, wie es der langen Geschichte des Verkehrshauses entspricht. Sie können der Regierung durchaus Naivität vorwerfen, aber hier steht ganz klar die Technik im Vordergrund. Wir sind sensibel, was solche Fragen angeht, das gebe ich auch an Tobias Käch weiter. Wir achten sehr genau darauf, inwiefern der Kulturkanton Luzern in seinen Interessen gefährdet sein könnte oder inwiefern wir gewissen Staaten eine Plattform bieten könnten. Diese Überlegungen kennen Sie spätestens seit letzter Woche sehr gut. Aber wir differenzieren. Das ist äusserst wichtig. Wir glauben nicht, dass wir hier Gefahr laufen, dass Dinge gezeigt werden, welche die Bevölkerung in irgendeiner Form beeinflussen könnten. Zudem wurde von Fachleuten eine Spionagebeurteilung vorgenommen. Diese Fachleute haben die Gefahr als klein beurteilt. Die Situation ist Ihnen bewusst: Das Verkehrshaus ist eine selbständige Stiftung mit einer Leistungsvereinbarung. Die Leistungsvereinbarung kommt vom Zweckverband. Sie wissen, wer den Zweckverband trägt, der Kanton ist nur ein Player davon. Sie wissen auch, dass man mit der Gründung des Zweckverbandes dem Kantonsrat die Aufgabe entzogen hat. Das hat Ihr Rat so gewollt, auch aus budgettechnischen Gründen. Dem müssen Sie auch in Zukunft gerecht werden. Wir sehen deshalb keinen Handlungsbedarf. Wir sind und bleiben sensibel in Bezug auf diese Fragen. Wir achten darauf, dass Ausstellungen kuratiert werden und das Wissen wirklich objektiv und korrekt vermittelt wird, aber wir sind nicht die Polizei der ausgelagerten Einheiten, indem wir inhaltliche Vorgaben machen wollen.